

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsförderung enthalten den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, Fernsprecher Nr. 1277

Einzelheft 10 Pfennig, 10 Hefen 1 Mark. - Abnehmer nehmen nach dem Betrag des „Politischen Wegweiser“, Gr. Brauhausstraße 30, Halle a. S.

Nummer 12

Halle, 23. März 1929

5. Jahrgang

Zahlspielereien

Die Geduld der Öffentlichkeit wird auf eine starke Probe gestellt. Wenn nicht alles täuscht, haben wir in diesen Tagen vor uns keine Ereignisse weittragender Art mehr zu erwarten, obwohl alle Probleme auf eine Lösung drängen, und ihre Verfestigung, sowohl vom deutschen wie vom internationalen Standpunkt aus gesehen, nicht unbedenklich ist. Aber Erörterungen großer Fragen nehmen immer erheblichen Zeitaufwand in Anspruch. Das ist zu allen Zeiten so gewesen. Wir haben früher die Köpfe geschüttelt, wenn wir lasen, daß Entscheidungen Monate und Jahre auf sich warten ließen und haben nun doch selbst erfahren, daß die Geschäfte kein Eiltempo anfließen. Nichts überhafter sich. Man kann sogar sagen, nichts vollzieht sich in gerader Linie, sondern immer wieder stoßen wir auf spiralenförmige Entwidlung, auf Nebungen und Sentenzen, Stillstand und Rückschlag. Gerade jetzt wird das besonders offenbar. Als die innere Krise vor Monaten ausbrach, mußte man annehmen, daß sie irgendwie eine Lösung finden würde, eine parlamentarische oder eine gewaltfreie. Gesprochen ist genug davon worden. Die Absichten zu beiden Seiten sind, was heute schon von allen Seiten ausgeht, nicht mehr so verschieden, daß das eigentliche Wesen des politischen Handelns das Beharrungsvermögen ist, das Trägheitsgesetz. Wir sind nicht einen Schritt weiter gekommen und sehen auch den heute noch schwebenden Verhandlungen, die wieder einmal eine andere Richtung eingeschlagen haben, mit harter Strenge entgegen. Genau so steht es in Paris. Dort freilich waren wir auf die Zauderaktive von vornherein eingestellt und haben so keine Erwartungen, wie sie Marzani ausbrachte, daß man nach einem Vierjahres- die Reparationsfragen zu einem glücklichen Ende geführt haben würde, abgelehnt. In der Tat macht es nicht den Eindruck, als ob auch nur das Gutachten der Sachverständigen vor dem Vorkommern fertig sein wird. Und selbst das bedeutet im Grunde noch gar nichts, denn die Regierungen sind an diese Verhandlungsbahn nicht gebunden und werden dann erst selbst Stellung nehmen. Neue, langwierige diplomatische Wechsellagen legen ein, und niemand kann mit Sicherheit voraussagen, ob ihr einziges Ergebnis nicht die Umkehrung des Gutachtens sein wird. Das schließt eben die große Möglichkeit, die für diese Zeit so kennzeichnend ist.

Neue Forderungen

Vorläufig ist man in Paris noch gar nicht an den Kernpunkt des Problems herangelangt. Alles bisher war Vorbereitung. Auch der Plan der Reparationsbank, die sowohl die deutschen Zahlungen wie die Sachleistungen verwalten soll. Es ist nur ein Rahmen ohne Inhalt. Solange die Summen fehlen, hat es keine Bedeutung. In der Frage der Summe aber redet man sich offensichtlich häufiger weiter auseinander. Der Grundherr liegt darin, daß man nicht von der Leistungsfähigkeit Deutschlands ausgeht, die einzig und allein Grundlage der Ermittlungen sein kann, sondern von der Würdigung der Fähigkeiten. Wir haben schon kürzlich auf Angaben hingewiesen, die geradezu phantastisch anmuten. England schlug 48, Frankreich sogar 72 Milliarden vor. Darüber sich zu unterhalten, ist zwecklos. Zeit werden nähere Einzelheiten bekannt, und wir sehen wenigstens, wie diese astronomischen Zahlen aufstehen können. In London fordert man nicht weniger als 3,8 Milliarden allein für die Dominion und als Entschädigung der angeblich durch Deutschland nicht gedachten Katen in Amerika. Daß diese ganze Forderung im Friedensvertrag überhaupt keine Stütze findet, steht an der Thematik keine Rolle zu spielen. Wir sind nur für Schäden haftbar, nicht aber für die Kriegskosten. Frankreich hat zwar wiederholt betont, daß es nicht die gesamten Wiederaufbaukosten zurückzufordern will, hat aber tatsächlich beabsichtigt, die gesamten Wiederaufbaukosten während des Krieges von Deutschland ausgegebenen Rechnungen an, obwohl das durch den Vorseplan angeordnet war. Italien möchte Deutschland auch im Falle einer Zahlungsunfähigkeit Österreichs und Ungarns haftbar machen. Selbst Japan, Rumänien und Jugoslawien haben ihre Forderungen herausgeschraubt. Vorläufig stehen wir diesem Treiben gegenüber. Es ist gar nicht unsere Sache, dagegen Einspruch zu erheben. Diese Aufgabe fällt vielmehr den Amerikanern zu, die sich in der Tat auch recht bemühen, den mitgeordneten Gläubigern gütlich zu sprechen. Ob mit Erfolg, bleibt abzuwarten.

Die deutsche Finanzkrise

Die Ausgabe über den Nachtragsetat für 1928 ist nicht ganz uninteressant gewesen. Weniger wegen der Größe, die von völkertreuer und deutschnationaler

Seite gelöst wurde, als wegen der Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Erting. Vier wurde klipp und klar gesagt, daß man keine Neigung verpüre, der Regierung wieder in das Kabinett verantwortlich eintreten wollte, oder über Opposition betrieben werde. Auf die Einzelheiten der Debatte einzugehen, hat keinen Sinn, denn wir glauben, daß man über alle Vorschläge doch hinweggehen wird. Schon jetzt ist sich, daß man nach anderen Auswegen sucht. Der Vorschlag, die eine längere Besprechung mit den Führern und Finanzabgeordneten der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, die ziemlich ergebnislos geblieben ist. Auch eine zweite Unterhaltung scheint in der gleichen Richtung verlaufen zu sein. Wesentlich glücklicher aber war man in einer Besprechung zwischen Zentrum, Bayerischer Volkspartei und Sozialdemokraten. Alle Liebe ruht nicht. Hinzu kommt die gemeinsame Abneigung gegen die Deutsche Volkspartei, deren ganzes Verhalten ja auch wirklich keine Veranlassung zu besonderen Rühmen gibt. Wir wissen noch nicht genau, wohin man schließlich gelangen wird, doch hat man in parlamentarischen Kreisen bisher wenigstens den Eindruck gehabt, daß die Bierkeller fallen lassen möchte, um die Bayern bei guter Laune zu erhalten und daß man ferner in der Frage der Verfüzung der Länderanteile Zugeständnisse zu machen beabsichtigt. Aus den gleichen Erwägungen. Ob das reicht, um das Defizit zu decken, ist zweifelhaft. Man denkt ja auch an andere Maßnahmen. So an die Verteilung der den Sozialisten zugesicherten Beträge auf längere Fristen. Damit wird natürlich das Defizit nicht beseitigt, sondern nur verdrängt. Nur macht es noch augenblicklich einen guten Eindruck, für alle, die sich in Staatsfragen nicht zurechtfinden. Da man aber den Notetat verabschieden wird, gewinnt man Zeit, um sich mit diesen Angelegenheiten näher zu befassen.

Weimarer Koalition?

Es ist kein Geheimnis, daß die Sozialdemokratie auf die Weimarer Koalition mit allem Ernst hinfiebert und daß das Zentrum nicht unbedingt Nein sagen würde. Wenn man die Bayerische Volkspartei für die oberwähnten Zugeständnisse köbert, hätte man tatsächlich die Weimarer Koalition geschaffen. Aber diese Rechnung weist starke Lücken auf. Zunächst fehlt die Mehrheit. Es wird tödend gelacht, daß man ja auf den Wauerbund und die Führung des Zentrums rechnen könne. Gelegentlich mag das stimmen. Er sieht ziemlich weit links, ob er aber alles mitmacht, was die Weimarer Koalition sonst tut, erachtet uns nicht unbedingt sicher. Aber selbst diesen Fall vorausgesetzt, kann keine Regierung mit fünf Stimmen Mehrheit arbeiten. Es ist geradezu ein Kinderpiel, durch geschickte Verträge Abänderungen herbeizuführen, die die Mehrheit in eine Minderheit verwandeln. Vor allem aber kann man sich über diese klar sein, diese Scheinmehrheit durch eines Tages gestürzt werden, zu dem Pariser Gutachten Stellung zu nehmen, nämlich dann, wenn vorzeitig die Verhandlungen abgebrochen werden müssen. Glaubst man wirklich, daß man das mit fünf Stimmen Mehrheit machen kann? Sonst ist zu einem Ja wie zu einem Nein gehört eine gewisse Mehrheit, die bei uns fehlt. Es ist auch daran die Rede, daß man Stresemann und Curtius als Fachminister befragen will. Die Deutsche Volkspartei kann unmöglich dazu die Zustimmung geben. Es würde also darauf hinauslaufen, daß man nur zwei Männer gewinnt und gleichzeitig die Deutsche Volkspartei sprenzt, was übrigens wirklich kein Kinderspiel wäre. Nur glauben wir nicht recht, daß gerade das in der Absicht des Zentrums liegen sollte, dessen ganze Energie sich ja gerade auf die Beilegung des Reichsaufwärtens bis her gerichtet hat. Auch ist es eine starke Annäherung an die Demokraten, in die Verbindung einzutreten, in der sie beinahe gar nichts zu vermeiden haben. Sie würden eine Verantwortung übernehmen, die sich schwer tragen ließe, zumal sie ja mit der Deutschen Volkspartei in finanziellen Fragen vielfach durchgängig übereinstimmen.

Der Stahlhelm

In Stuttgart hat Selbe eine Rede gehalten, deren Ton sich von früheren ein wenig unterscheidet. Bemerkenswert immerhin, daß er bestritt, die Wiedererrichtung der Monarchie unter allen Umständen zu erstreben. Eben so wenig wolle er die Beilegung der Republik auf jeden Fall. Er sprach sogar davon, daß man bereit sein müsse, die jetzt bestehende Regierung zu erziehen. Vielmehr haben sich hier mit Folgen der von Sindenburg verurteilten Abstimmung zu tun. Wenn er dann aber in selben Atemzuge die Republik einen Zauberball nannte, so war das ein Rückfall in Idee, aber Verlogenheit. Auch das Fehlen dieser Kraftäußerung würde uns nicht täuschen.

Der Stahlhelm sieht eben die Zeit noch nicht für gekommen an, weil der eigentliche Keimer das Signal dazu noch nicht gegeben hat. Im Gegenteil. Eugenberg rechnet heute offensichtlich mit anderen Möglichkeiten. Es wird ja jetzt auch in der Presse davon gesprochen, was wir vor einigen Wochen angedeutet haben, daß Eugenberg dem Reichspräsidenten nahegelegt hat, ihn zum Kanzler zu ernennen. Da er zweifellos ein Auftragsmännchen bekäme, sollte dann der Reichstag aufgelöst und inszwischen mit dem Artikel 48 regiert werden. Die Gefahr ist jedenfalls nicht beseitigt, darüber hat man sich auch nicht einen Augenblick täuschen, und sie hat den Vorteil, daß sie scheinbar verfassungsmäßig ist. Wenn sie noch nicht aufgegeben ist, so liegt das offenbar an den Verhandlungen des Reichspräsidenten, der die Hoffnungen auf die Große Koalition bisher nicht aufgegeben hat.

Die Franzosen am Rhein

Die große Aussprache über die ungenehmigten Maßnahmen in den französischen Garnisonen des besetzten Gebietes haben mit einem Vertrauensvotum für Poincaré geendet. Ein kommandierender General erhält einen Adel, ein Divisionskommandeur und ein Oberst werden zur Disposition gestellt. Ein etwas dürftiges Ergebnis. Angesichts der Zahl von mehr als 250 Toten, die der Wirtschaft zum Opfer gefallen sind, der Kriegsmilitärleistungen der jüngeren Generation aus dem Süden Frankreichs, das die jungen Rekruten aus dem Süden Frankreichs nicht ertragen können. Im allgemeinen sind die Gesundheitsverhältnisse im deutschen Westen ausgezeichnet und die Mäkte von 25 Grad war auch für Deutschland ungewöhnlich. Doch darauf kommt es nicht an. Wir wollen ja gar nicht den Verleumdungen gut zureden, sondern sind nur der unumgänglichen Ansicht, daß die Franzosen den Militarismus auf die Erde treiben. Engländer und Franzosen haben jedenfalls nicht Angst und keine Tote gehabt. Es liegt oberhalb kein Grund vor, weshalb man unsere Gastfreundschaft solange in Anspruch nimmt. Herr Poincaré soll seine Rekruten in einem besseren Klima ausbilden lassen.

Die Geschäftsordnung des Reichstages

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages hat eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, über die man den nächsten Freitag reden wird. Auch Selbstverständlichkeiten erfordern viel Zeit, mehr jedenfalls, als unbedingt notwendig ist. Zunächst ist der Präsident beauftragt worden, die Regel etwas strenger zu nehmen und härtere Strafen zu verhängen. Dazu bedurfte es übrigens keiner Geschäftsordnungskommission. Das fünfte Herr Loebel schon von sich aus. Nur liegt dem sein Ausgescheideten im Wege. Er ist kein Freund von scharfen Zupaden und sucht die Dinge mit Humor zu glätten, was in einem anfänglichen Parlament sicher ein Vorteil ist, aber Nationalsozialisten und Kommunisten gegenüber völlig verfehlt. In Zukunft sollen dritte Lesungen vorgenommen werden, wenn nicht mehr als dreißig Abgeordnete widersprechen. Bisher konnte ein Einziger Sabotage üben. Das ist immerhin gut, reicht aber nicht aus. Allen Störungsversuchen auch auf geschäftsordnungsmäßiger Grundlage muß ganz anders Halt geboten werden. Dazu darüber später. Das Wichtigste ist die Wiedererrichtung der Heinen Anfragen auf Reichs Streifen, um der Regierung Gelegenheit zu geben, sich zu aktuellen Fragen namentlich der Außenpolitik außerhalb der Tagesordnung zu äußern. Das erstmalig ideelle der Bericht an Weimarer. Ob dagegen Vorkehrungen getroffen werden, ist noch nicht bekannt. Das ist aber die Voraussetzung, wenn wir nicht in kurzen, wieder zu denselben üben Erreichungen kommen wollen, daß alles Mögliche und Unmögliche in Form der Heinen Anfragen vorgebracht wird. Für uns ist das Kernproblem, daß man die Arbeiten der Kommission nicht im Plenum wiederholt, sondern zum mindesten die zweite Lesung bei bedeutungsvolleren Vorlagen ausfallen läßt.

R. K. a. d. W. a. p.

Es dümmert

Der Landesverband Braunschweig der Deutschen Nationalen Volkspartei hielt in Braunschweig eine ausstehende des Harbes, Gewerbes und der Landwirtschaft statt besuchte Tagung ab, auf der nach langer und eingehender Aussprache der einstimmige Beschluß gefaßt wurde, die Landtagsfraktion zu beauftragen, unverzüglich im Landtag den Antrag einzubringen, wonach die Regierung ersucht würde, sofort mit Braunschweig in Verhandlungen einzutreten wegen des Antriebs des Braunschweiger Reiches. Die Gegenrichtung gegen die sozialistische Regierung Braunschweigs spielt dabei wohl die Hauptrolle.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsführung erlauben den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Abonnementpreis: 120 Mark pro Jahr (Postgebühren im Ausland 10 Mark). - Einzelhefte 12 Mark. - Verlagsadresse: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 12

Halle, 23. März 1929

5. Jahrgang

Zahlenspielerereien

Die Gebuld der Öffentlichkeit wird auf eine harte Probe gestellt. Wenn nicht alles täuscht, haben wir in diesen Tagen vor uns eine Ereignisreihe weittragender Art mehr zu erwarten, obwohl alle Probleme auf eine Lösung drängen, und ihre Verwickelung, sowohl vom deutschen wie vom internationalen Standpunkt aus gesehen, nicht unbedeutlich ist. Aber Erörterungen großer Fragen nehmen immer erheblichen Zeitaufwand in Anspruch. Das ist zu allen Zeiten so gewesen. Wir haben früher die Köpfe gesättigt, wenn wir laien, daß Entscheidungen Monate und Jahre auf sich warten ließen und haben nun doch selbst erfahren, daß die Geschichte kein Kitzeltempo anschlägt. Nichts überhastet sich. Man kann sogar sagen, nichts vollzieht sich in gerader Linie, sondern immer wieder stößt wir auf spiralförmige Entwicklung, auf Gebungen und Senkungen, Stillstand und Wiederaufbruch. Gerade jetzt wird das besonders offenbar. Als die innere Krise vor Monaten ausbrach, mußte man annehmen, daß sie irgendwie eine Lösung finden würde, eine parlamentarische oder eine gewalttätige. Gesprochen ist genug davon worden. Die Absichten zu beiden Seiten auch, was heute schon von allen Seiten ausgeht. Und doch zeigt sich wieder, daß das eigentliche Gesetz des politischen Handelns das Beharrungsvermögen ist, das Trägheitsgesetz. Wir sind nicht einen Schritt weiter gekommen und sehen auch in den heute noch schwelenden Verhandlungen, die wieder einmal eine andere Richtung eingeschlagen haben, mit harter Stetigkeit. Genau so steht es in Paris. Dort freilich waren wir auf die Zauberkraft von vornherein eingestellt und haben so falsche Erwartungen, wie sie Moragan ausbrach, daß man nach einem Vierteljahr die Reparationsfragen zu einem glücklichen Ende geführt haben würde, abgelehnt. In der Tat magt es nicht den Eindruck, als ob auch nur das Gutachten der Sachverständigen vor dem Hofkommission fertig sein wird. Und selbst das bedeutet im Grunde noch gar nichts, denn die Regierungen sind an diese Meinungsäußerung nicht gebunden und werden dann erst selbst Stellung nehmen. Neue, langwierige diplomatische Verhandlungen setzen ein, und niemand kann mit Sicherheit voraussagen, ob ihr einziges Ergebnis nicht die Umstößung des Gutachtens sein wird. Das schließt eben die große Müdigkeit, die für diese Zeit so kennzeichnend ist.

Neue Forderungen

Vorläufig ist man in Paris noch gar nicht an den Kernpunkt des Problems herangekommen. Alles bisher war Vorbereitung. Auch der Plan der Reparationsbank, die sowohl die deutschen Zahlungen wie die Sachleistungen verwalten soll. Es ist nur ein Rahmen ohne Füll. So lange die Summen fehlen, hat es keine Bedeutung. In der Frage der Summe aber redet man sich offensichtlich häufig weiter auseinander. Der Grundfehler liegt darin, daß man nicht von der Leistungsfähigkeit Deutschlands ausgeht, die einzig und allein Grundlage der Ermittlungen sein kann, sondern von den Wünschen der Gläubiger. Und diese Wünsche steigern sich ins Unbegreifliche. Wir haben schon kürzlich auf Angaben hingewiesen, die geradezu phantastisch anmuten. England schlug 48, Frankreich sogar 72 Milliarden vor. Darüber sich zu unterhalten, ist zwecklos. Wird werden nähere Einzelheiten bekannt, und wir sehen wenigstens, wie diese astronomischen Zahlen zustande kommen. In London fordert man nicht weniger als 3,8 Milliarden allein für die Dominion und als Entschädigung der angeblich durch Deutschland nicht gedeckten Katen in Amerika. Daß diese ganze Forderung im Friedensvertrag überhaupt keine Stütze findet, scheint an der Thematik keine Rolle zu spielen. Wir sind nur für Gedanken fähig, nicht aber für Kriegesfolgen. Frankreich hat zwar wiederholt betont, daß es nicht die gesamten Wiederaufbaukosten zurückzahlt haben will, hat das aber praktisch verfallen. Weltweit meldet neue Ansprüche für die während des Krieges von Deutschland ausgehenden Marknoten an, obwohl das durch den Vorgespannen angeht. In Italien möchte Deutschland auch im Falle einer Zahlungsunfähigkeit Österreichs und Ungarns haften machen. Selbst Japan, Rumänien und Jugoslawien haben ihre Forderungen herausgeschraubt. Vorläufig haben wir diesem Treiben keinen Gegenüber. Es ist gar nicht unsere Sache, dagegen Einspruch zu erheben. Die Aufgabe fällt vielmehr den Amerikanern zu, die sich in der Tat auch rechtlich bemühen, ein mitgeworbenen Gläubigern gütlich zuzureden. Ob es Erfolg, bleibt abzuwarten.

Die deutsche Finanzkrise

Die Aussprache über den Nachtragsetz für 1928 ist nicht ganz uninteressant gewesen. Weniger wegen der Kritik, die von völksparteilicher und deutschnationaler

Seite geübt wurde, als wegen der Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Erving. Sie wurde klipp und klar gesagt, daß man keine Meinung veräußere, der Regierung gegenüber eine Stillstellung einzunehmen, sondern entweder in das Kabinett verantwortlich eintreten wolle, oder Debatte erörtern wolle. Auf die Einzelheiten der Debatte einzugehen, hat keinen Sinn, denn wir glauben, schon jetzt ist fast alles Vorurteil durch hinweggegangen. Erving hat sich, daß man nach anderen Auswegen sucht. Der Vorforderung hat eine längere Besprechung der Führer und Finanzfachverständigen der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, die ziemlich ergebnislos geblieben ist. Auch eine zweite Unterhaltung scheint in der gleichen Richtung verlaufen zu sein. Wesentlich glücklicher aber war man in einer Besprechung zwischen Zentrum, Bayerische Volkspartei und Sozialdemokraten. Alle Liebe rückt nicht. Sinn kommt die gemeinsame Abneigung gegen die Deutsche Volkspartei, deren ganzes Verhalten ja auch wirklich keine Veranlassung zu besonderem Rühmen gibt. Wir wissen noch nicht genau, wohin man schließlich gelangen wird, doch hat man in parlamentarischen Kreisen bisher wenigstens den Eindruck gehabt, daß man die Ministerien fallen lassen möchte, um die Bayern bei guter Laune zu erhalten und daß man ferner in der Frage der Verfassung der Länderanteile Zugeständnisse zu machen beabsichtigt. Aus den gleichen Erwägungen. Ob das reicht, um das Defizit zu beseitigen, ist zweifelhaft. Man denkt ja auch an andere Maßnahmen. So an die Verteilung der den Sozialisten zugesicherten Beträge auf längere Fristen. Damit wird natürlich das Defizit nicht beseitigt, sondern nur verdrängt. Nur macht es nach außen hin einen guten Eindruck, für alle, die sich in Eratsfragen nicht zurechtfinden. Da man aber den Notetat verlegenheiten wird, gewinnt man Zeit, um sich mit diesen Verlegenheiten näher zu befassen.

Weimarer Koalition?

Es ist kein Geheimnis, daß die Sozialdemokratie auf die Weimarer Koalition mit allem Ernst hinarbeitet und daß das Zentrum nicht unbedingt Nein sagen würde. Wenn man die Bayerische Volkspartei für die oberwähnten Zugeständnisse köhert, hätte man tatsächlich die Weimarer Koalition geschaffen. Aber diese Rechnung weißt starke Lücken auf. Zunächst fehlt die Mehrheit. Es wird freilich gesagt, daß man ja auf den Bayernbund und die Führung Zehrs rechnen könne. Gelegentlich man das stimmen. Er steht ziemlich weit links, ob er aber alles mitmacht, was die Weimarer Koalition sonst tut, erscheint uns nicht unbedingt sicher. Aber selbst diesen Fall vorausgesetzt, kann keine Regierung mit fünf Stimmen Mehrheit arbeiten. Es ist geradezu ein Kinderpiel, durch geschickte Abänderungen herbeizuführen, die diese Mehrheit in eine Minderheit verwandeln. Vor allem aber muß man sich über eines klar sein, diese Scheinmehrheit kann eines Tages geschnitten werden, zu dem Pariser Gutachten Stellung zu nehmen, nämlich dann, wenn vorzeitig die Verhandlungen abgebrochen werden müssen. Glaubt man wirklich, daß man das mit fünf Stimmen Mehrheit machen kann? Sowohl zu einem Ja wie zu einem Nein gehört eine gewisse Geschlossenheit, die bei uns fehlt. Es ist auch davon die Rede, daß man Stresemann und Curtius als Sachminister befragen will. Die Deutsche Volkspartei kann unmöglich das zustimmen geben. Es würde also darauf hinauslaufen, daß man nur zwei Männer gewinnt und gleichzeitig die Deutsche Volkspartei sprenzt, was übrigens wirklich kein Unglück wäre. Nur glauben wir nicht recht, daß gerade das in der Absicht des Zentrums liegen sollte, dessen ganze Energie sich ja gerade auf die Beteiligung des Reichsausschusses bis her gerichtet hat. Auch ist es eine harte Zumutung an die Demokraten, in diese Verbindung einzutreten, in der sie beunruhigt gar nichts zu vermeiden haben. Sie würden eine Verantwortung übernehmen, die sich schwer tragen ließe, zumal sie ja mit der Deutschen Volkspartei in finanziellen Fragen vielfach durchaus übereinstimmen.

Der Stahlhelm

In Stuttgart hat Selbste eine Rede gehalten, deren Ton sich von früheren ein wenig unterschied. Bemerkenswert immerhin, daß er bestritt, die Wiedererrichtung der Monarchie unter allen Umständen zu erstreben. Eben so wenig wolle er die Beteiligung der Republik auf jeden Fall. Er sprach sogar davon, daß man bereit sein müsse, die jetzt bestehende Regierung zu erziehen. Vielmehr haben wir es hier mit Folger der von Hindenburg verfaßten Aemterfrage zu tun. Wenn er dann aber im selben Atemzuge die Republik einen Saupfaffen nannte, so war das ein Rückfall in tiefe, alte Völkspartei. Auch das Fehlen dieser Kraftäußerung würde uns nicht täuschen.

Der Stahlhelm sieht eben die Zeit noch nicht für gekommen an, weil der eigentliche Keiler das Signal dazu noch nicht gegeben hat. Im Gegenteil. Hugenberg rednet heute offensichtlich mit anderen Möglichkeiten. Es wird ja jetzt auch in der Presse davon gesprochen, was wir hier vor einigen Wochen angekündigt haben, daß Hugenberg dem Reichspräsidenten nahegelegt hat, ihn zum Kanzler zu ernennen. Da er unweilös ein Mitglied des Reichspräsidenten sollte, sollte dann der Reichstag aufgeführt und insbesonderen mit dem Artikel 48 regiert werden. Die Gefahr ist jedenfalls nicht beseitigt, darüber soll man sich auch nicht einen Augenblick täuschen, und sie hat nach wie vor einen scheinbar verfassungsmäßig ist. Wenn sie noch nicht aufgeworfen ist, so liegt das offenbar an den Bestrebungen des Reichspräsidenten, der die Hoffnungen auf die Große Koalition bisher nicht aufgegeben hat.

Die Franzosen am Rhein

Die große Aussprache über die ungeheuerlichen Mißstände in den französischen Garnisonen des besetzten Gebietes haben mit einem Vertrauensvotum für Poincaré geendet. Ein kommandierender General erhält einen Lohel, ein Divisionskommandeur und ein Oberst werden zur Disposition gestellt. Ein etwas dürftiges Ergebnis. Angesichts der Zahl von mehr als 250 Toten, die der Wirtshausbrand von Ober gefallen sind. Der Kriegsminister Rainlews sprach von dem schlechten Klima am Rhein, das die jungen Rekruten aus dem Süden Frankreichs nicht ertragen können. Im allgemeinen sind die Gesundheitsverhältnisse am deutschen Westen ausgezeichnet und die Fälle von 25 Grad war auch für Deutschland ungewöhnlich. Doch darauf kommt es nicht an. Wir wollen ja gar nicht den Bestatungen zu gut werden, sondern sind nur der unmaßgeblichen Ansicht, daß die Franzosen den Militarismus aus der Krise treiben. Engländer und Franzosen haben ebenfalls nicht getagt und keine Toten gehabt. Es liegt am Rhein kein Grund vor, weshalb man untere Kommandeure nicht mit demselben Recht in Klimate ausbildet.

Die Aussprache über die ungeheuerlichen Mißstände in den französischen Garnisonen des besetzten Gebietes haben mit einem Vertrauensvotum für Poincaré geendet. Ein kommandierender General erhält einen Lohel, ein Divisionskommandeur und ein Oberst werden zur Disposition gestellt. Ein etwas dürftiges Ergebnis. Angesichts der Zahl von mehr als 250 Toten, die der Wirtshausbrand von Ober gefallen sind. Der Kriegsminister Rainlews sprach von dem schlechten Klima am Rhein, das die jungen Rekruten aus dem Süden Frankreichs nicht ertragen können. Im allgemeinen sind die Gesundheitsverhältnisse am deutschen Westen ausgezeichnet und die Fälle von 25 Grad war auch für Deutschland ungewöhnlich. Doch darauf kommt es nicht an. Wir wollen ja gar nicht den Bestatungen zu gut werden, sondern sind nur der unmaßgeblichen Ansicht, daß die Franzosen den Militarismus aus der Krise treiben. Engländer und Franzosen haben ebenfalls nicht getagt und keine Toten gehabt. Es liegt am Rhein kein Grund vor, weshalb man untere Kommandeure nicht mit demselben Recht in Klimate ausbildet.

Es dümmert

Der Landesverband Braunschweig der Deutschnationalen Volkspartei hielt in Braunschweig eine aus streifen des Handels, Gewerbes und der Landwirtschaft stark besuchte Tagung ab, auf der nach langer und eingehender Aussprache der einstimmige Beschluß gefaßt wurde, die Landtagsfraktion zu beauftragen, unverzüglich im Landtag den Antrag einzubringen, wonach die Regierung ersucht würde, sofort mit Vorschlag in Verhandlungen einzutreten wegen des Anschlusses Braunschweigs an Preußen. Die Gegenrichtung gegen die sozialistische Regierung Braunschweigs spielt dabei wohl die Hauptrolle.

